

# AKTUELLES STELLENANGEBOT

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion  
sucht eine\*n  
**Volljurist\*in**



**Die SPD-Bürgerschaftsfraktion des  
Landes Bremen**

sucht zum nächstmöglichen Termin eine\*n

## **Volljurist\*in (m/w/d)** in Vollzeit

für den wissenschaftlichen Dienst der Fraktion insbesondere für die Bereiche Inneres, Justiz, Verfassung, Petitionen und Bürgerbeteiligung als parlamentarische\*n Referent\*in.

### **Die Einstellung**

ist befristet bis zum Ende der 20. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft. Eine Weiterbeschäftigung über den ausgeschriebenen Zeitraum hinaus ist beabsichtigt.

### **Das Aufgabengebiet umfasst im Wesentlichen**

- juristische und politische Beratung der Fraktionsführung
- die Vorbereitung von politischen Initiativen und Begleitung von Ausschuss- sowie Fraktionssitzungen
- die fachliche Begleitung der Arbeit der Fraktionsführung und der Fachbereiche
- die inhaltliche und organisatorische Konzeption von Veranstaltungen der Fraktion

## ANSPRECHPARTNER FÜR IHRE BEWERBUNG bei der SPD-Fraktion

Wenn Sie sich für diese interessante und ausgesprochen vielseitige Tätigkeit interessieren, senden Sie bitte Ihre vollständigen Bewerbungsunterlagen bis zum

**31. Mai 2020**

bei der SPD-Bürgerschaftsfraktion Land Bremen, Frau Marieke Meinhart, bitte ausschließlich per E-Mail:

**[m.meinhart@spd-bremen.de](mailto:m.meinhart@spd-bremen.de)**

Voraussetzung für die Einstellung ist ein erfolgreich bestandenes zweites juristisches Staatsexamen (Volljuristin / Volljurist). Politische Kenntnisse und gesellschaftliches Engagement sind erwünscht. Für ein erfolgreiches Wirken als Parlamentsreferent\*in sind außerdem eine hohe Einsatzbereitschaft, Flexibilität, Kommunikationsfreudigkeit und die Fähigkeit im Team zu arbeiten, erforderlich.

Eine Identifikation mit den Zielen der SPD setzen wir voraus.

Beschäftigte des öffentlichen Dienstes der Freien Hansestadt Bremen können als Beamt\*innen befristet zugewiesen und als Tarifbeschäftigte im Rahmen der Gestellung nach dem TVÖD/TV-L befristet überlassen werden.

Die Bezahlung erfolgt in Anlehnung an den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder.